

Informationen über das Jahr 2017

Liebe Leser*innen,

lange haben wir gesucht, im letzten Jahr sind wir endlich fündig geworden:

Zwischen Königsplatz und Friedrichsplatz haben wir barrierefreie und für uns bezahlbare Räume in zentraler Lage gefunden.

Neben unserem Umzug gibt es aber auch noch eine Menge anderer Dinge zu berichten.

Herzliche Grüße aus der Oberen Königsstraße

die Mitarbeiterinnen von Frauen informieren Frauen – FiF e.V.



Frauen informieren Frauen – FiF e.V.:

Der Verein und der Arbeitsbereich „Beratung bei Trennung und Scheidung“Seite 2

Die Kasseler Fachberatungs- und Vermittlungsstelle zur „Beratung und Betreuung von Frauen bei häuslicher Gewalt“Seite 3

„sichtbar“ – Beratung und Information für Frauen, die in der Prostitution tätig sind oder waren.....Seite 4

Frauen informieren Frauen – FiF e.V., Obere Königsstraße 47, 34117 Kassel

Beratungsstelle Frauen informieren Frauen – FiF e.V. • 0561 - 89 31 36 • info@fif-kassel.de

Beratungsstelle sichtbar • 0561 - 89 00 601 • sichtbar@fif-kassel.de

IBAN: DE30 5205 0353 0000 0488 71

FiF in neuen Räumen

Nachdem wir Ende August etwa zwei Wochen lang aus- und aufgeräumt hatten, verlief der Umzug aus unseren mehr als 30 Jahren genutzten Räumen im Westring 67, die mit der Zeit zu klein geworden waren und immer weniger den Anforderungen gerecht werden konnten, erstaunlich reibungslos innerhalb von zwei Tagen. Nur unser Telefon- und Internetanbieter konnte dieses Tempo offenbar nicht mithalten. Nach mehreren Anläufen, Beschwerden und immer neuen Terminzusagen waren wir erst wieder Ende September telefonisch und per Email erreichbar. Unsere Lösung: Wir haben unsere Erreichbarkeit und den FiF-Betrieb mittels einer Notfall-Handynummer sichergestellt. So sind trotz Umzugswirren unsere Beratungszahlen im Vergleich zum Vorjahr konstant geblieben.

In der Oberen Königsstraße 47 sind wir nun auch für Frauen mit eingeschränkter Mobilität unein-

geschränkt erreichbar. Die nächste Straßenbahnhaltstelle ist nur etwa 2 Minuten entfernt, Parkplätze finden unsere Klientinnen in der Tiefgarage unter dem Friedrichsplatz. Das Vorhandensein einer Internistischen Arztpraxis im Haus sowie eine Hintertür ermöglichen besonders gefährdeten Klientinnen den anonymen und gefahrlosen Zugang. Bei der Terminierung von Beratungsgesprächen sind wir durch unseren Umzug erheblich flexibler und auch rationeller geworden. Jede Beraterin hat nun ihr eigenes Büro mit Sitzecke, in dem sie ungestört arbeiten und Klientinnen beraten kann. Hinzu kommen ein separates Beratungszimmer und ein großzügiger Empfangsbereich: bei Bedarf reicht der Platz nun auch für Gruppenangebote. Viele Rückmeldungen unserer Klientinnen und auch unserer Kooperationspartner*innen zeigen uns, dass dieser Schritt mitten in die Kasseler Innenstadt wichtig und richtig war.

Niedrigere Schwellenängste bei Trennungsberatungen

Alle Mitarbeiterinnen, die Trennungsberatungen anbieten, sind mit einem erheblich höheren Stundenumfang auch im Bereich der „Beratung und Betreuung von Frauen bei häuslicher Gewalt“ beschäftigt. Diese Überschneidung in den Aufgabenfeldern hat sich bereits seit vielen Jahren bewährt. Viele der Beratungsinhalte (vor allem bei Fragen zum Sorge- und Umgangsrecht sowie zur Existenzsicherung) sind identisch, vor allem aber melden sich nach wie vor nicht wenige Frauen zu einer Trennungsberatung an, deren eigentliches Thema Partnerschaftsgewalt ist. Das ist umso bemerkenswerter, als unsere Beraterinnen explizit darauf hinweisen, dass eine Trennungsberatung kostenpflichtig, die Beratung bei Partnerschaftsgewalt aber für Einwohnerinnen der Stadt Kassel kostenlos ist. In diesem Zusammenhang kann die Klientin gleich mit einer Fachberaterin sprechen, ohne dass eine neue Terminvereinbarung erforderlich ist. Das ist gerade in Fällen von Partnerschaftsgewalt wichtig, denn einen Beratungstermin zu vereinbaren, ist für viele Betroffene ein enormer Schritt.

Kurzfristige oder keine Absage von Beratungsterminen

Unsere Beratungszahlen sind im vergangenen Jahr weiter gestiegen, gleichzeitig stehen wir vor dem grundsätzlichen Problem, dass mittlerweile in allen Arbeitsbereichen Termine oft nicht verlässlich eingehalten, gar nicht oder sehr kurzfristig abgesagt werden. 2017 betraf das mehr als 24 Prozent der vereinbarten Termine. Bei Terminvereinbarung wird zwar explizit darauf hingewiesen, dass der Be-

ratungstermin unbedingt abgesagt werden muss, dennoch erfolgt oft keine Benachrichtigung. Wird ein Termin aber nicht bzw. zu kurzfristig abgesagt, kann er natürlich nicht neu vergeben werden. Das ist besonders ärgerlich bei den vor allem bei berufstätigen Frauen begehrten sehr frühen (8 Uhr) oder sehr späten (18 und 19 Uhr) Terminangeboten, die nur in sehr kleinem Umfang zur Verfügung stehen.

Es ist gut, dass es FiF gibt,...



...denn mit dem ganzheitlichen Blick, der Professionalität und der langjährigen Erfahrung beraten und unterstützen die Mitarbeiterinnen Frauen in unserer Stadt und machen ihnen Mut für weitere Lebensschritte in Freiheit und Würde und ohne Gewalt.

Ilona Friedrich, Bürgermeisterin und Sozialdezernentin der Stadt Kassel
© Stadt Kassel, Foto: Internetredaktion



...weil FiF mit dem Projekt sichtbar hilft, wo andere wegschauen. Kompetent und ohne zu verurteilen. Wir freuen uns über die Kooperation.

Ira Belzer, Geschäftsführerin der AIDS-Hilfe Kassel e.V.



...weil FiF ein Schlüssel für mehr Unabhängigkeit für Frauen ist!

Rosa-Maria Hamacher, Regionalgeschäftsführerin der PARITÄTISCHE Nordhessen

Angespannte Lage auf dem Wohnungsmarkt verhindert die Aussicht auf gewaltfreies Leben

Die Beratungen zum Schwerpunkt Flucht/Auszug aus der gemeinsamen Wohnung sind in 2017 deutlich angestiegen. 108 Klientinnen wurden explizit hierzu beraten. Im Vergleich zu den Vorjahren haben sich die Anfragen bzw. Beratungen fast verdoppelt. Sie spiegeln die immer deutlicher werdende Misere wieder, dass bezahlbarer Wohnraum kaum mehr zu finden ist. Auch eine Unterbringung in den umliegenden Frauenhäusern war in den letzten Monaten nahezu unmöglich. Nur in wenigen Einzelfällen gelang es uns, eine Klientin über die Zentrale Fachstelle Wohnen oder andere Übergangseinrichtungen (z.B. 4 Wände Wohnen für Frauen) in Sicherheit zu bringen.

Trotz der Möglichkeit der Wohnungszuweisung nach dem Gewaltschutzgesetz gibt es für viele von häuslicher Gewalt betroffene Frauen die Notwendigkeit, in eine geschützte Unterkunft zu flüchten. So manch ein Weggewiesener hält sich nicht an seine Auflage, weswegen die Wohnung kein sicherer Ort ist. Die angespannte Wohnungsmarktlage, verbunden mit ungesicherten finanziellen Verhältnissen von Frauen in Trennungs- bzw. Gewaltsituationen, erschweren ihre Suche nach einem neuen Zuhause bzw. ihren Weg in ein gewaltfreies Leben erheblich. So können wir von Klientinnen berichten, die kraftlos resignierten, weitere Beratungstermine absagten bzw. nicht wieder kamen und wahrscheinlich in der häuslichen (Gewalt-)Situation verblieben.



Fehlende Dolmetscherinnen erschweren die Beratung von geflüchteten Frauen

Von häuslicher Gewalt betroffene Flüchtlinge, die in Gemeinschaftsunterkünften und Übergangseinrichtungen leben, suchten in 2017 vermehrt unsere Beratungsstelle auf. In der Mehrzahl gestalteten sich die persönlichen Beratungsgespräche aufgrund der Sprachbarriere sehr schwierig. Nach wie vor haben wir kein Budget für Dolmetscherinnen. Auch Ämter und Flüchtlingseinrichtungen sind nur selten in der Lage, diese zur Verfügung zu stellen.

Die unsicheren Aufenthaltssituationen und Lebenslagen der geflüchteten Frauen erschweren

die Umsetzung notwendiger Schritte zur Veränderung ihrer Situation zusätzlich. Meistens benötigen sie eine engmaschige, weitreichende Unterstützung und Begleitung. Auch für die Beraterinnen ist es verunsichernd und belastend, wenn sich nicht erschließt, was bei der Hilfesuchenden ankommt. Für sinnvolle, nachhaltige Beratung von geflüchteten Frauen sind Dolmetscherinnen dringend erforderlich, sonst ist die Gefahr groß, dass die vielen guten und notwendigen Hilfsangebote scheitern.



Viele Beratungen von Freund*innen und Angehörigen von Gewalt betroffenen Frauen

Weitaus mehr Beratungen als in den Vorjahren wurden mit nicht direkt Betroffenen, also Angehörigen, Freund*innen, Bekannten, Kolleg*innen etc. von gewaltbetroffenen Frauen geführt. In zumeist ausführlichen telefonischen Informationsberatungen äußern die Unterstützer*innen ihre große Sorge um das Wohl der Betroffenen ob der eigenen Hilflosigkeit und Handlungsunfähigkeit, in der sie sich selbst befinden. Manche benötigen hauptsächlich konkrete Informationen zu rechtlichen Möglichkeiten, zur Unterbringung im Frauenhaus, zur Wohnungssuche oder zu weiteren Beratungs- und Unterstützungsmöglichkeiten. Andere wissen nicht, wie sie sich der Frau gegenüber verhalten sollen oder sind irritiert darüber, warum die Betroffene z.B. in der Beziehung verbleiben will. Auch können Personen, die ins Vertrauen gezogen werden oder etwas gehört oder gesehen haben, mit der Situation akut überfordert sein. Für die Ratsuchenden sind besonders Gespräche, Unterstützung und Information wichtig, damit sie sich positionieren und das rechte Maß an Hilfestellung für sich finden und anbieten können und dabei gleichzeitig die Bedürfnisse der Frauen im Blick behalten.

Unsere Klientinnen

2017 lag der Anteil der Migrantinnen unter den Prostituierten bei 96 Prozent. Davon kamen 46 Prozent aus Rumänien, 21 Prozent aus Bulgarien. Thailänderinnen und Südamerikanerinnen (darunter 30 Prozent Transsexuelle) waren mit jeweils 10 und 9 Prozent unter den Prostituierten vertreten. Die restlichen Frauen verteilten sich auf weitere zwölf Herkunftsländer.

Muttersprachliche Begleitung unserer Klientinnen

Durch die EU-Förderung für das Projekt „Gwen – Gesundheitsförderung weiterentwickeln – Hilfe für neuzugewanderte Unionsbürgerinnen, die in Kassel in der Prostitution tätig sind“ verfügten wir 2017 bereits im zweiten Jahr über größere personelle Kapazitäten, um die Frauen verstärkt im Schwerpunkt Gesundheit zu beraten und sie in das bestehende Hilfesystem zu vermitteln und zu begleiten. Durch die EU-Förderung konnten wir mit 9,75 Stunden eine muttersprachliche Beraterin beschäftigen und eine rumänische

Sprechstunde anbieten, die sehr gut genutzt wurde. Unsere rumänisch sprechenden Klientinnen nahmen seitdem nicht nur telefonisch Kontakt zu uns auf, sondern kamen auch vermehrt in unsere Beratungsstelle.



Medizinisches Angebot für Menschen ohne Krankenversicherung in Kassel

Ende Januar 2017 hat die „Humanitäre Sprechstunde“ der Fahrenden Ärzte e.V. ihre Arbeit aufgenommen. Ein Allgemeinmediziner, drei Gynäkolog*innen und ein Psychiater bilden das ehrenamtliche Team von Ärzt*innen; weitere Fachärzt*innen konnten zur Kooperation gewonnen werden, an die bei Bedarf weitervermittelt werden kann. Damit wird allen Menschen in der Stadt Kassel, die nicht krankenversichert sind, der Zugang zu medizinischer Versorgung ermöglicht. Bei den Menschen, die die Humanitäre Sprechstunde aufsuchen, handelt es sich nicht nur um Prostituierte, sondern auch um viele geflüchtete Menschen. Deutsche Staatsangehörige nehmen dieses Angebot ebenso dankbar an. Seit der Eröffnung der Humanitären Sprechstunde haben wir insgesamt 62 Frauen, viele von ihnen mehrfach, zu den dort tätigen Gynäkolog*innen begleitet. Die Begleitungen waren erforderlich, um bei nicht deutsch-sprachigen Klientinnen zu übersetzen oder um den Frauen die Angst vor einer Untersuchung zu nehmen. Jahrelang haben wir immer wieder bei den runden Tischen darauf hingewiesen, wie notwendig diese Sprechstunde ist. Umso mehr freuen wir uns, dass es nun ein Angebot gibt.

Viele Fragen und Verunsicherungen durch das neue Prostituiertenschutzgesetz

Am 1. Juli 2017 ist das neue Prostituiertenschutzgesetz in Kraft getreten, das Menschen, die sexuelle Dienstleistungen erbringen, unter anderem zur Inanspruchnahme einer gesundheitlichen und allgemeinen Beratung verpflichtet. Deren Ziel soll es sein, Anhaltspunkte für weiteren Beratungsbedarf oder Hinweise auf Ausbeutung und Menschenhandel zu erfassen und – zum Schutz der Prostituierten – entsprechende Hilfsangebote zu machen. Die Ausführung des Gesetzes hatte sich bis gegen Ende des Jahres verzögert. Erst dann waren in der Stadt Kassel die für die in der Prostitution tätigen Frauen verpflichtenden Gesundheitsberatungen

beim Gesundheitsamt und die Anmeldungen beim Ordnungsamt möglich. Im Vorfeld herrschten große Verunsicherung und ein entsprechender Informationsbedarf über Anmeldemodalitäten und Pflichten, so dass wir sehr viel Zeit dafür aufwenden mussten, den entsprechend großen Beratungsbedarf von den Prostituierten und auch von den Betreibern der Prostitutionsarbeitsstätten zu decken. Der Schutzgedanke des Gesetzes ist grundsätzlich gut, aber die Ausführung kann im Einzelnen dazu führen, dass die Frauen von den Bordellbetreibenden zusätzlich unter Druck gesetzt werden.

